

## Pressemitteilung

### **DPR kritisiert Entscheidung des Vermittlungsausschuss zur Finanzierung der Krankenpflegeausbildungen**

Das Präsidium des Deutschen Pflgerates bedauert die Entscheidung des Vermittlungsausschusses, das 2. Fallpauschalenänderungsgesetz hinsichtlich der Ausbildungsfinanzierung nicht zu verändern. Mit der nun eingeführten lokalen Verhandlung der Ausbildungskosten sind tausende von Ausbildungsplätzen in Gefahr.

Der Finanzierungsvorschlag der Spitzenverbände der Krankenkassen hätte nach Expertenmeinung für die überwiegende Mehrheit der Ausbildungsstätten eine bessere finanzielle Ausstattung als heute bedeutet. Die Kassen, Ver.di und DPR hatten vor der Verhandlung auf lokaler Ebene gewarnt.

Die Krankenhäuser haben schon in den vergangenen Jahren massiv Ausbildungskapazitäten abgebaut. Vor dem Hintergrund der sinkenden Bettenzahl und unter Ignorierung des steigenden Bedarfes an ambulanter Versorgung und Betreuung wegen Pflegebedürftigkeit werden Ausbildungsplätze gestrichen oder nicht besetzt. Dies wird sich nun noch verstärken.

Schon heute gibt es in einigen Regionen und Spezialisierungen der Pflege Schwierigkeiten, qualifiziertes Pflegepersonal zu finden. Diese Situation wird sich binnen weniger Jahre dramatisch verschärfen. Es fehlen weltweit Millionen Pflegende.

Die Entscheidung der Bundesregierung und des Bundesrates ist vor diesem Hintergrund aus unserer Sicht nicht zu verantworten. Wieder einmal wurden Bildungserfordernisse in den Pflegeberufen und Pflegepersonalbedarf außerhalb der Krankenhäuser dem Primat des Krankenhaus-Budgets geopfert. Der gesellschaftliche Bedarf wurde ignoriert und dafür Partikularinteressen der Krankenhausträger erfüllt.

Die Konsequenzen dieser Fehlentscheidung werden die pflegebedürftigen und kranken Menschen und die Pflegefachkräfte zu tragen haben. Die Deutsche Krankenhausgesellschaft wird die Stichhaltigkeit ihrer Position an der Zahl der tatsächlich besetzten Ausbildungsplätze messen lassen müssen. Die Verantwortung für jeden abgebauten Ausbildungsplatz tragen die Politiker, die diese Entscheidung getroffen haben.

Berlin, 29. November 2004

Deutscher Pflgerat e. V., Geisbergstrasse 39, 10777 Berlin Tel. (030) 2191570